

Anlage 1 zur Vorlage 301/2018

Zwischenbilanz zur Umsetzung der zentralen Punkte der Sozialkonzeption August 2018

„Das Soziale in Tübingen weiter denken“ lautet der Untertitel der Tübinger Sozialkonzeption. Der vorliegende Bericht konzentriert sich auf die zehn zentralen Punkte, die als wichtigste Ziele in der Zusammenfassung der 2015 erstellten Sozialkonzeption (S. 2-5) aufgeführt sind. Der Bericht ist ein Auszug des Erreichten und beschreibt die wichtigen Entwicklungen ohne Anspruch auf Vollständigkeit. Ausführlichere Informationen zu einzelnen Handlungsfeldern und Themen finden sich in Fachkonzeptionen der Verwaltung sowie in thematischen Einzelvorlagen.

Drei wesentliche Bereiche werden vorangestellt, da sie sich quer über die zehn Punkte ziehen:

A. Sozialraumorientierung als grundlegendes Prinzip bei der Ausgestaltung sozialer Angebote

Die sozialräumliche Betrachtung und Ausgestaltung der sozialen Angebote und Strukturen war und ist für die Stadt das zentrale und handlungsleitende Kriterium. Sozialraumorientierung zieht sich wie ein roter Faden durch alle Handlungsfelder des Sozialen.

Ein Kernelement dabei ist der Ausbau der Tübinger Stadtteiltreffs. Die Entwicklung und Verabschiedung der Rahmenkonzeption für die Tübinger Stadtteiltreffs im Gemeinderat ist ein Meilenstein auf diesem Weg. Nun liegt ein Rahmen vor, der zum einen der Vielfalt der Voraussetzungen und der Unterschiedlichkeit der Sozialräume gerecht wird und zugleich einen klaren Rahmen für die Weiterentwicklung absteckt. Die Einrichtung der Koordinierungsstelle für die Stadtteiltreffs hat sich sehr bewährt, was deutlich am Florieren der Stadtteiltreffs und am Ausbau neuer Treffs zu sehen ist. Ein Stadtteiltreff für die Wanne (mit Förderbeschluss des Gemeinderats) wird Ende 2018 eröffnet, weitere Stadtteiltreffs sind in unmittelbarer Vorbereitung bzw. in der Antragsphase.

Die Verwaltung ist davon überzeugt, dass die systematische Förderung von Stadtteiltreffs maßgeblich zu sozialem Zusammenhalt, zur Förderung von Engagement und Selbsthilfe in den Quartieren beiträgt und damit wichtige präventive Funktionen erfüllt. Der Weg, für jeden Tübinger Sozialraum einen gut erreichbaren Stadtteiltreff zu schaffen, offen für jung und alt, für arm und reich, für alle Kulturen, trägt zur Lebensqualität in der Stadt bei. Stadtteiltreffs ermöglichen und unterstützen Entwicklungen in der sozialen Zusammensetzung der sich verändernden Quartiere. Die hier bereitgestellten Mittel sind eine sinnvolle Investition in die Stadt, sie begleiten Prozesse der Innenentwicklung. Die Verwaltung wird den Aufbau neuer Stadtteiltreffs auf Basis der Sozialraumanalysen der Sozialkonzeption unter Berücksichtigung der aktuellen Entwicklungen für jedes Quartier und jeden Stadtteil prüfen. Ein besonderes Augenmerk wird dabei auf den Teilorten liegen.

Ein weiteres Kernelement liegt im Aufbau von Stadtteilsozialarbeit und der Förderung gemeinwesenbezogener Ansätze und Projekte. Die in der Sozialkonzeption für den Stadtteil Waldhäuser-Ost empfohlene Stadtteilsozialarbeit konnte im Juni 2018 in einem zweiten Anlauf neu besetzt werden. Dem voraus ging ein ausführlicher Abstimmungsprozess mit dem Verein Stadtteiltreff WHO, um die Schnittstellen und Kooperationen zu klären, da die Stelle ihren Sitz im

Stadtteiltreff hat und die Weiterentwicklung der vielfältigen bedarfsgerechten Angebote für die unterschiedlichen Zielgruppen unterstützt. Schon nach kurzer Zeit konnten erste konkrete Maßnahmen, wie ein Ferienprogramm für WHO in der Sommerzeit geschaffen werden. Aktionen für eine Belebung des Platzes am Einkaufszentrum sind angestoßen, wie z.B. Baumpatenschaften. Kontakte zu allen maßgeblichen Akteuren in der Nordstadt sind geknüpft, regelmäßige Präsenzzeiten und Sprechstunden für allgemeine Sozialberatung und Fragen aller Art im Stadtteiltreff sind eingeführt. Die Stadtteilsozialarbeit wird gut von der Bewohnerschaft und im Stadtteiltreff angenommen.

In der Südstadt ist die Stadtteilsozialarbeit in Trägerschaft der Martin-Bonhoeffer-Häuser seit langem gut aufgestellt, der Bürgertreff NaSe mit seinem vielfältigem Angebot wird von unterschiedlichsten Gruppen besucht und bespielt. Mehr und mehr arbeiten das benachbarte Werkstadthaus, die Kirche am Eck und das Familienzentrums elkiko daran, durch gemeinsame Aktionen (z.B. Winterspielstube in Kooperation) Brücken zwischen den Quartieren und Bewohnern zu bauen.

In der Weststadt wird die Stelle der Stadtteilsozialarbeit im Herbst 2018 ausgeschrieben und besetzt (siehe hierzu auch Punkt 1).

Im Aufbau ist ein Begegnungs- und Nachbarschaftszentrum (BNZ) an der Brückenstraße, ein Projekt entstanden aus der Baugemeinschaft „Wolle+“, in Trägerschaft der Martin-Bonhoeffer-Häuser und in Kooperation mit dem Verband alleinerziehender Mütter und Väter (VAMV), der mit seinem Büro dorthin umziehen wird. Weitere Partner sind die Stiftskirchengemeinde und die katholische Gesamtkirchengemeinde, sowie die KiTa am Neckarbogen. Kooperationskontakte sind geknüpft zum Nonnenmacherhaus, zur Psychologischen Beratungsstelle der Kirchen, zum Kinderhaus Gartenstraße, zum CVJM und zur BI Gartenstraße. Das BNZ will und soll im sehr heterogenen Quartier mit seiner sich stark verändernden Bewohnerschaft integrierende und verbindende Funktion ausüben. Das BNZ soll insbesondere den in der Anschlussunterbringung zugezogenen geflüchteten Menschen das Ankommen im Quartier erleichtern. Viele Angebote für Familien werden im BNZ zum einen durch den VAMV und zum anderen durch die Kooperation mit der KiTa am Neckarbogen, die einen offenen Familientreff anbietet und sich zum Familienzentrums entwickelt, erfolgen. Die Grundsteinlegung wurde bereits mit einem ersten „Brückenfest“, organisiert von der Bürgerschaft, gefeiert. Eine Beschlussvorlage zur Förderung des BNZ mit präventiver Stadtteilsozialarbeit durch die Stadt wird im Herbst 2018 ausführlichere Informationen und Entscheidungsgrundlagen zum Projekt geben.

Für das Quartier Schönblick wurde in der Sozialkonzeption die Schaffung einer lebendigen Quartiersmitte empfohlen. Der Stadtverwaltung liegt ein Antrag zur Förderung eines neuen Stadtteiltreffs (in der Corrensstraße) vor. Die Koordinatorin der Stadtteiltreffs ist beratend in den aus der Bürgerschaft angestoßenem Aufbauprozess eingebunden. Die evangelische Kirche beabsichtigt, ihr Gemeindehaus und Pfarrhaus im Stadtteil aufzugeben und würde sich im Gegenzug im neuen Stadtteiltreff einbringen und beteiligen. Die Verwaltung befürwortet die Schaffung eines Stadtteiltreffs für dieses Quartier, in dem zahlreiche neue Wohnungen errichtet wurden und viele neue Menschen, darunter auch Geflüchtete hinzugezogen sind. Räume für soziale und gemeinschaftliche Angebote und Gruppen sind für die vielen dort lebenden älteren Menschen von Bedeutung, für die der Weg zum Stadtteiltreff Wanne oder in die Innenstadt zu weit ist. Zu diesem Antrag wird ebenfalls eine Beschlussvorlage im Herbst 2018 eingebracht.

B. Armutsprävention und Teilhabeförderung

Ein großer Handlungsschwerpunkt lag in den vergangenen Jahren auf der Kinderarmutsprävention und der Förderung der Teilhabe von Familien mit geringem Einkommen. Das Handlungsprogramm „Gute Chancen für alle Kinder“ konnte Dank viel bürgerschaftlicher und politischer Unterstützung in großen Schritten umgesetzt werden. Der Runde Tisch Kinderarmut bleibt seit Gründung im Sommer 2014 kontinuierlich in allen Handlungsfeldern am Ball. Durch die Schaffung einer Stelle, die Koordination der Tübinger KinderCard, konnten die Angebote gesichert und ausgebaut werden: stark ermäßigter Nahverkehr, Ferienangebote, Sprachkurse, Kindergeburtstage, Schwimmen für alle Kinder und vieles mehr. Die jährliche Evaluation zur Nutzung ermöglicht es, bedarfsgerecht nachjustieren. Mit dem bundesweit einmaligen Projekt „TAPs“ - Tübinger Ansprechpartner für Kinderarmut/ Kinderchancen gelang es, ein Netzwerk von über 140 TAPs und beteiligten Vereinen und Institutionen zu knüpfen, die für leichtere Wege und bessere Informationen zu Hilfen sorgen. Patenschaften erfahren durch das Projekt „Für2“ Anerkennung und die Möglichkeit, mit zahlreichen Gutscheinen ermäßigte oder kostenfreie Freizeitmöglichkeiten auszuprobieren. Alleinerziehende werden durch das Projekt „Efa – für Alleinerziehende“ in Situationen der Überlastung wirkungsvoll gefördert. Nachbarschaftshilfen springen bei Efa stundenweise bei der Kinderbetreuung zuhause ein und sorgen so für Entlastung, um Auszeiten, Gesundheitsvorsorge oder Qualifizierung zu ermöglichen. Sämtliche Schwerpunkte und Projekte sind im eigens dafür programmierten „Wiki“ des Bündnisses für Familie einzusehen (www.buendnis-fuer-familie.de), was für viel Transparenz unter allen Beteiligten sorgt. Der Tübinger Ansatz wurde vom Land gefördert und im ersten Armuts- und Reichtumsbericht des Landes als Beispiel guter kommunaler Praxis hervorgehoben. Das Land plant, ähnliche Prozesse in anderen Kommunen zu fördern.

Für die Zukunft beabsichtigt die Verwaltung, das Thema Teilhabe auch mit Blick auf Erwachsene, auf alleinstehende Menschen, auf Geflüchtete und insbesondere auf ältere Menschen zu weiten. Ziel ist, die vielfältigen Möglichkeiten in den Bereichen Freizeit, Bildung und Kultur, die Tübingen bietet, möglichst für alle Menschen zugänglich zu machen. Der Stadtseniorenrat hat den Impuls zum Thema Altersarmut gegeben; die Verwaltung unterstützt dies ausdrücklich und beteiligt sich an der Entwicklung von Handlungsansätzen und ganz konkret hilfreichen Möglichkeiten. Geprüft wird, welche Ansätze des Runden Tisches Kinderarmut hier übertragbar sind.

Nach langem Vorlauf befasst sich der Landkreis aktuell mit der Umsetzbarkeit einer kreisweiten BonusCard. Die Stadtverwaltung begrüßt dies ausdrücklich, verbunden mit einem Ausbau von Angeboten in den Städten und Gemeinden des Landkreises, um das große Stadt-Land-Gefälle abzubauen.

C. Vernetzung und Synergien fördern – Ressourcen wirksam einsetzen

Entscheidend für einen wirkungsvollen Einsatz von Ressourcen im Sozialen ist ein gutes Zusammenspiel aller beteiligten Akteure. Die Stadtverwaltung legt deshalb einen hohen Stellenwert auf Netzwerke und auf die gezielte Förderung gelingender Kooperationen. Die gängige Praxis der Ausschreibung immer neuer Projektlinien und befristeter Förderprogramme auf Landes- oder Bundesebene begünstigt das Entstehen von Vorhaben mit oft sehr ähnlichen Zielsetzungen, Ansatzpunkten und Adressatenkreisen. Die Stadt wird dann oft kurzfristig zu Stellungnahmen aufgefordert oder für eine Co-Finanzierung angefragt. Hier gilt es, Partner mit ähnlichen Vorhaben

und Ansätzen zusammenzubringen. Bei neuen Ideen und Projektvorhaben ist erst einmal zu schauen, wer ist schon im Feld unterwegs, wer macht oder plant Ähnliches, was gibt es bereits, welcher Bedarf besteht, welche Erfahrungen liegen mit ähnlichen Ansätzen vor. Zuweilen kann auch „weniger mehr sein“.

Auf der anderen Seite stehen bewährte Projekte nach ablaufender Anschubfinanzierung oftmals ohne Mittel da. Hier gilt es, gute und ausgewertete Ansätze auch nachhaltig zu sichern und die Vereine beim Erschließen von Drittmitteln zu unterstützen. (Siehe hierzu Punkt 10)

Um soziale Angebote zielgerichtet zu entwickeln, ist die Pflege einer guten Vernetzung die Voraussetzung. Hier leisten die Beauftragten- und Stabsstellen mit ihren jeweiligen Vernetzungsstrukturen wertvolle Arbeit. Verstärkt werden kann und soll der Austausch unter diesen Bereichen, da es auch hier viele Schnittstellen und Kooperationen gibt, z.B. zwischen Integration und Familie, zwischen Bürgerengagement und Stadtteiltreffs, zwischen Hilfen für Geflüchtete und Kinderarmutsprävention. Durch anlassbezogene und zeitnahe Abstimmungen können Synergien besser genutzt werden und Doppelungen lassen sich vermeiden.

Im Folgenden wird die Umsetzung der zehn zentralen Punkte der Sozialkonzeption beschrieben.

Punkt 1: Kindertagesstätten und Schulen als Anlaufstellen für Familien in den Stadtteilen weiter entwickeln

Rückblick: Was wurde in den letzten Jahren umgesetzt?

Die offenen Familientreffs sind als fester Bestandteil der Tübinger Landschaft etabliert und werden gut angenommen. Die Bandbreite der Angebote hat sich verändert, die Rahmenkonzeption wurde entsprechend fortgeschrieben. Allen Treffs gemeinsam ist die Verbindung mit einer nahegelegenen Kindertagesstätte und zugleich die Offenheit für alle Familien im Stadtteil. Mehrere Familientreffs sind in den Räumen und in guter Kooperation mit den Stadtteiltreffs. Hinzu gekommen sind Winterspielstuben als saisonale Treffs und „überdachter Spielplatz“ in der kalten Jahreszeit.

Neu ist auch seit 2017 der interkulturelle Familientreff in der Museumsvilla; er verbindet den offenen Treff mit den Schwerpunkten Kreativität und Kultur, der Museumspädagogik für Kinder sowie einem Gartenprojekt, das den wunderschönen Garten nutzbar macht und eine Brücke zum gegenüberliegenden Asylzentrum und Arbeitslosentreff schlägt.

Einige Kindertagesstätten sind auf dem Weg, ihre Angebote zu einem Familienzentrum weiterzuentwickeln: entsprechend der Sozialkonzeption ist dies für WHO, die Südstadt und die Weststadt vorgesehen. Die bislang dafür bereitgestellten 2 h Verfügungszeit pro Woche erweisen sich allerdings als nicht ausreichend, um neben der Betreuung auch Angebote der Begegnung, Beratung und Bildung (die „4 B's“) für die Eltern bzw. die ganze Familie zu schaffen, wie dies den Charakter eines Familienzentrums ausmacht. Der Kreis Tübingen fördert den Aufbau von Familienzentren; im Stadtgebiet werden das katholische Carlo-Steeb-Kinderhaus und die KiTa am Neckarbogen von Kokon e.V. gefördert.

Durch den Aufbau der Tübinger Stadtteiltreffs ergeben sich vielfältige Möglichkeiten zu Kooperationen mit benachbarten Kindertagesstätten und Schulen im Stadtteil. Offene Familientreffs

finden in den Räumen der Stadtteiltreffs statt, Angebote für Familien erfolgen in Kooperation mit KiTa und Schulen: z.B. Mittagstisch im Stadtteiltreff WHO, Eltern-Kind-Gruppen im Stadtteiltreff NaSe, sowie auch auf WHO.

Im Projekt „TAPs“ - Tübinger Ansprechpartner für Kinderarmut/ Kinderchancen wurden 66 TAPs an KiTa's und 30 TAPs an Schulen gewonnen, darüber hinaus über 40 weitere TAPs in Vereinen, in Stadtteiltreffs, in Behörden und Kirchengemeinden. Die TAPs sind in das Thema Kinderarmutsprävention eingeführt, haben die wichtigsten Informationen und geben diese an die und in den KiTas und Schulen weiter. Eine Hilfenübersicht und regelmäßige Newsletter erleichtern es den KiTa's und Schulen, Hilfeangebote an Familien weiterzugeben und Zugänge zu erleichtern. Zahlreiche Möglichkeiten, wie die KiTas und Schulen selber armutssensibel agieren können und kleine, aber wirksame Hilfen anbieten können, werden als „best-practise“ untereinander weitergegeben. Dabei wird Armut explizit nicht auf finanzielle Armut reduziert, sondern an den Entwicklungs- und Teilhabechancen der Kinder insgesamt festgemacht. Eine ausführliche Evaluation zum Projekt TAPs liegt vor.

Ausblick: Wo soll es hingehen?

In der Weststadt wird die Stelle der Stadtteilsozialarbeit im Herbst 2018 ausgeschrieben und besetzt. Die Stelle wird eng mit den Kinderhäusern und Schulen in der Weststadt zusammenarbeiten, ebenso mit weiteren Akteuren, wie dem Nachbarschaftsnetz Weststadt, der Lebenshilfe und dem Mehrgenerationenhaus InFö.

Das neue Kinderhaus Weststadt neben der Aischbachschule soll als Kinder- und Familienzentrum auf den Weg gebracht werden. Im Raumprogramm ist ein Zusatzraum für Beratung und für kleinere Gruppenangebote eingeplant. Die Stadtteilsozialarbeit wird hier ihren Sitz haben, bis Räume für einen Stadtteiltreff in der Weststadt gefunden bzw. errichtet sind. Da das neue Kinderhaus erst Ende 2019 errichtet sein wird, wird die Stadtteilsozialarbeit zunächst in den Räumen der Lebenshilfe bzw. der Wohnung, die für das Nachbarschaftsnetz angemietet wird, ihren Ort haben. Dies ermöglicht es, im ersten Jahr die Bemühungen der Lebenshilfe zum Aufbau eines inklusiven Kultur- und Begegnungszentrums tatkräftig zu unterstützen. Aufgabe der Stadtteilsozialarbeit wird darüber hinaus sein, mit allen Akteuren in der Weststadt gemeinsam den Aufbau eines Stadtteiltreffs voranzubringen. Durch eine enge Kooperation mit InFö kann dessen Ressourcen und Erfahrung in der Sozialberatung gut genutzt werden.

Die Verwaltung will den Aufbau von Kinder- und Familienzentren in den kommenden Jahren mit Nachdruck voranbringen und dabei enger mit dem Landkreis zusammenarbeiten. Gedacht ist an ein gemeinsames Verständnis und vergleichbare Förder- und Rahmenbedingungen für den Aufbau. Es wird angestrebt, dafür angemessene und ausreichende Freistellungsanteile zu schaffen. In diesem Zusammenhang sprechen wir nicht mehr von Stadtteil- und Familienzentren, da dieser Begriff zwei Ansätze vermischt und zu unscharf ist. Vielmehr fördert die Verwaltung zum einen den Aufbau von Stadtteiltreffs, die sich an alle Menschen im Quartier richten (wie in der Konzeption Stadtteiltreffs beschrieben) und zum andern den Aufbau von Kinder- und Familienzentren (KiFaZ), die Kinder, Eltern und Familien im Focus haben und von einer Kindertagesstätte ausgehen. Dabei ergeben sich viele Synergien und Kooperationsmöglichkeiten zwischen beiden Ansätzen. Ein Austausch mit der Stadt Singen ergab interessante Impulse, Singen hat Familienbildung und -beratung an zahlreichen

Kindertagesstätten fest etabliert, fördert mehrere Familienzentren und stellt dafür entsprechende Ressourcen bereit.

Eine Idee ist, dass die Räumlichkeiten und Außenflächen von Schulen und Kindertagesstätten noch stärker in den Quartieren genutzt werden können, für nachbarschaftliche Aktivitäten, für Initiativen und Aktionen wie z.B. Tauschtage, Flohmärkte, Wochenendveranstaltungen, Quartiersfeste. Solche Mehrfachnutzungen setzen voraus, dass Lösungen und Ressourcen für die Organisation und Reinigung etc. gefunden werden. Gelingt dies, dann ermöglichen Mehrfachnutzungen einen effektiveren Umgang mit den knapp bemessenen Flächen und Räumen in der Stadt und sie bewirken zugleich eine stärkere Öffnung und Verbindung von KiTa's und Schulen ins Quartier.

Eine verstärkte Zusammenarbeit mit den vom Landkreis verantworteten Programmen Frühe Hilfen, sowie STÄRKE ist bereits in die Wege geleitet. Ein Vorhaben ist, dass in Stadtteiltreffs und in Anschlussunterkünften Gesundheitssprechstunden von Familienkrankenschwestern angeboten werden.

Punkt 2: Stärkung der Kontakte und Initiativen in allen Handlungsfeldern und der Selbsthilfe in den Stadtteilen

Rückblick: Was wurde in den letzten Jahren umgesetzt?

In diesem Bereich ist vieles geschehen, wie bereits in Teil A zur Sozialraumorientierung beschrieben.

Stadtplanung und Sozialplanung arbeiten eng zusammen, wenn es gilt, in neuen Quartieren oder in Verbindung mit Innenentwicklung neue „Mitten“ und inklusive, lebendige Orte in den Stadtteilen zu schaffen. In der AG „integrierte Stadtentwicklung“ sowie anlassbezogen erfolgen fachliche Abstimmungen. Bei Optionsvergaben arbeiten Baudezernat und Sozialdezernat eng zusammen und stimmen Kriterien ab.

Ein Beispiel ist der Planungsprozess für die enorme Herausforderung der Schaffung von Wohnraum für über 1.000 geflüchtete Menschen in der Anschlussunterbringung. Im Vergabeverfahren wurde neben dem Ziel einer möglichst zentralen Unterbringung auch ein großes Augenmerk auf die Stärkung der Quartiere und auf den sozialen Mehrwert für die Nachbarschaft gelegt. So sind Projekte entstanden, die das soziale Leben und das Miteinander von „alter und neuer“ Bewohnerschaft im Viertel mit gestalten (z.B. Passerelle, neue Nachbarn, Wolle+). Über das Beteiligungsprojekt „Nachbarschaft und Vielfalt“ gelang es, die Bürgerschaft einzubeziehen, mit neuen Formaten wie Zufallsauswahl und Nachbarschaftsgesprächen.

Der Ausbau der Stadtteiltreffs wird, wie bereits beschrieben, konsequent vorangebracht. Das bedeutet nicht nur das Entstehen neuer Treffs, sondern vor allem auch die Weiterentwicklung der Angebote der bestehenden Treffs mit dem Ziel, möglichst vielfältige Gruppen anzusprechen und zu erreichen.

Ehrenamt und Bürgerengagement in den Stadtteilen wird auch durch die Beratungs-, Fortbildungs- und Förderangebote sowie Bürgerbeteiligungsprozesse der Beauftragten für Bürgerengagement nachhaltig unterstützt und gefördert.

Für Hirschau ist ein umfassender Bürgerbeteiligungsprozess angestoßen, gefördert über das Programm „Quartier 2020“ des Landes. Ziel ist, das Zusammenleben und die Sorge der Generationen füreinander zu stärken und ein gutes Leben im Alter im Ort auch bei Pflegebedarf zu ermöglichen.

Ausblick: Wo soll es hingehen?

Eine stärkere Einbeziehung der Strukturen und Angebote der Kirchengemeinden einschl. der gemeinsamen Nutzung von Räumen in den Stadtteilen (z.B. aktuell im Gespräch: im Schönblick/ Corrensstraße) ist angestrebt.

Die Erstellung von „Stadtteil-Steckbriefen“ als übersichtliche Arbeitshilfen für bürgerschaftlich und professionell Tätige – alle Angebote im Stadtteil auf einen Blick, verbunden mit kurz gefassten zentralen Informationen – ist vorgesehen.

Eine Idee ist die Unterstützung von Straßen- und Nachbarschaftsfesten durch Erstellung eines Flyers mit hilfreichen Informationen, Tipps und Ansprechpartnern in der Verwaltung .

Quartiersprojekte unter Nutzung der entsprechenden Landesförderprogramme für Quartiersentwicklungen sollen in Verbindung mit dem Projekt Seniorenleben und Pflege, jedoch auch mit Bezug auf andere Themen und Zielgruppen (z.B. Familie, Inklusion) erfolgen.

Langfristig angestrebt sind Aufbau und Förderung von „Quartiers-Kümmerern“ in möglichst vielen Stadtteilen, in denen es keine Stadtteilsozialarbeit gibt und kleinere Impulse bzw. Ressourcen ausreichen, um das Miteinander im Quartier zu stärken.

Punkt 3: Integrierte Entwicklung in Waldhäuser-Ost im Programm Soziale Stadt

Rückblick: Was wurde in den letzten Jahren umgesetzt?

Die Antragstellung für das Programm Soziale Stadt ist vorbereitet und wird im Herbst 2018 eingereicht. Wesentliche Zielsetzungen und Maßnahmen wurden mit umfassender Beteiligung der Bürgerschaft entwickelt. Das Programm erfüllt wichtige Zielsetzungen für das Soziale: es soll den Zusammenhalt der Bewohnerschaft auf WHO stärken, die soziale Infrastruktur verbessern, neue bedarfsgerechte Angebote und Projekte anstoßen und die Vernetzung der Akteure fördern. Bestehende Angebote und Initiativen, wie der Stadtteiltreff WHO und die Reparaturwerkstatt „Gepäckträger“, aber auch z.B. Angebote von Kirchengemeinden und Sportvereinen sollen ausgebaut werden, um möglichst viele Zielgruppen zu erreichen. Soziales und Städtebauliches sind im Programm eng verknüpft: die Aufwertung der Grün-, Spiel- und Freiflächen, barrierefreie und einladende Wegeverbindungen, die Neugestaltung der Stadtteilmitte, die Zukunft des Einkaufszentrums und Sicherung einer guten Nahversorgung, das Schaffen von bezahlbarem Wohnraum - all dies trägt zum sozialen Leben bei. Konkrete Vorschläge und Anliegen der Bewohnerschaft liegen vor und bilden den Ausgangspunkt für die weitere Entwicklung.

Ausführliche Informationen dazu finden sich in den Gemeinderatsvorlagen zum Programm Soziale Stadt.

Ausblick: Wo soll es hingehen?

Nach Bewilligung wird die Umsetzung der Maßnahmen erfolgen. Das Programm wird sich über einen längeren Zeitraum erstrecken. Es soll ein Quartiersmanagement und ein Quartiersbüro eingerichtet werden, um kontinuierlich vor Ort mit der Bewohnerschaft über die Ausgestaltung der Vorhaben im Austausch zu sein, die Projekte zu entwickeln und Informationen zu geben. Hier wird es eine enge Zusammenarbeit mit der auf Dauer angelegten Stadtteilsozialarbeit geben. Auf diese Weise sollen die Anliegen und Vorschläge aus dem Stadtteil aufgegriffen und die Chancen des Programms gut genutzt werden.

Ein besonderer Schwerpunkt wird dabei das Thema Senioren und Pflege sein. Ziel ist, sowohl ambulante, entlastende und nachbarschaftliche Hilfen auszubauen als auch Lösungen für Wohnen mit Pflegebedarf zu schaffen. Der bis 2030 prognostizierte Bedarf an Pflegeplätzen im Stadtteil WHO liegt bei 45 bis 60 Plätzen; möglichst kleinteilige Lösungen (Pflege-WG, Pflegeheim mittlerer Größe) sind angestrebt.

siehe hierzu: Ergebnisdokumentationen zum Programm Soziale Stadt WHO

Punkt 4: Weiterentwicklung und Ausbau der Hilfen für pflegebedürftige Menschen und ihre Angehörigen, sowie andere Menschen mit Assistenzbedarf

Rückblick: Was wurde in den letzten Jahren umgesetzt?

Um die Pflege im Alter zu sichern und um älteren Menschen ein Leben so lange als möglich an ihrem Wohnort zu ermöglichen, wurde 2016 das Projekt „Seniorenleben und Pflege“ gestartet. Auf der Basis einer Pflegebedarfsplanung wurde die Tübinger Pflegestrategie entwickelt. Sie ist Grundlage für ein Handlungsprogramm, das 15 Handlungsfelder umfasst und in Kooperation mit den Trägern ambulanter und stationärer Angebote, mit dem Stadt- und Kreissenorenrat und in Kooperation mit dem Landkreis umgesetzt wird. Ein starkes Gewicht liegt dabei auf der Entwicklung guter Sorge- und Angebotsstrukturen in den Teilorten und Stadtteilen. Ein neues Pflegeheim mit 60 Plätzen am Hechinger Eck, in Trägerschaft der Altenhilfe Tübingen, ist auf den Weg gebracht, um dem erheblichen Mangel an stationären Pflegeplätzen etwas entgegenzusetzen.

Im Stadtteil Waldhäuser-Ost wurde 2017 das Pilotprojekt „Nachbarschaftshilfe in WHO – Caring Community“ gestartet. Es soll nachbarschaftliche Hilfen und Selbsthilfe im Stadtteil stärken, sowie frühzeitige Information und Vermittlung von Hilfen ermöglichen. Das Projekt läuft bis Mitte 2019; die Erfahrungen werden gerade ausgewertet.

In 2014 wurde das Netzwerk Demenz in Kooperation von Stadt und Landkreis gegründet; 30 Partnerorganisationen beteiligen sich daran. Mit einer Vielzahl von Veranstaltungen und Angeboten rückt das Thema Demenz in die gesellschaftliche Mitte, pflegende Angehörige werden informiert und unterstützt, die Teilhabe von Demenzzkranken am gesellschaftlichen Leben wird gefördert. Ab 2018 wurde die Koordination des Netzwerks dankenswerterweise vom Stadtseniorenrat übernommen.

Ausblick: Wo soll es hingehen?

Die Umsetzung des Handlungsprogramms der Pflegestrategie wird Schritt für Schritt in den kommenden Jahren vorangebracht. Soweit es möglich ist, sollen kleinteilige örtliche Angebote, wie Pflegewohngemeinschaften aufgebaut werden. Ambulante und entlastende Strukturen sollen durch Bürgerbeteiligungsprozesse gestärkt werden, alle Tübinger Teilorte und Quartiere sollen nach und nach auf dem Weg zu sorgenden Gemeinschaften begleitet werden. Wie schnell dies machbar ist, hängt von den zur Verfügung stehenden Ressourcen ab. Die Verwaltung bereitet weitere Antragstellungen für die Landesprogramme zur Quartiersentwicklung vor.

Die Schaffung von umfassenden bis zu rund-um-die Uhr-verfügbaren und bezahlbaren ambulanten und pflegerischen Hilfen und Assistenzleistungen, wie in der Sozialkonzeption empfohlen, erfordert einen längeren Atem, ebenso wie die Entwicklung von Ansätzen zur Überwindung des Fachkräftemangels in der Pflege. Die Möglichkeiten der Weiterentwicklung und Aufwertung der zahlreichen bestehenden Angebote des Betreuten Wohnens durch Ergänzung um zusätzliche Hilfeleistungen soll in Kooperation mit den Trägern geprüft werden.

Im neuen Quartier am Güterbahnhof wird 2018 das Gemeindepsychiatrische Zentrum (GPZ) eröffnen. Mit dem Umzug der Tagesstätte „Akku“ für psychisch kranke Menschen plant der Freundeskreis Mensch, Ehrenamtliche, möglichst aus der Anwohnerschaft zu gewinnen und einzubeziehen. Auch eine behutsame Öffnung der Tagesstätte ins Quartier ist angedacht. Die Stadt begrüßt diesen sozialraumorientierten Ansatz und unterstützt das Projekt aus den Projektmitteln für Inklusion.

Für Menschen mit schweren Mehrfachbehinderungen und erheblichem Pflegebedarf fehlt ein stationäres Angebot im Landkreis. Eine Gruppe betroffener Angehöriger setzt sich für die Schaffung eines passenden Angebotes ein; die Verantwortung für die Planung liegt bei der Eingliederungshilfe des Landkreises.

siehe hierzu: Tübinger Pflegestrategie; Seniorenplanung und Planungen zur Eingliederungshilfe des Landkreises

Punkt 5: Gezielte Bereitstellung von Mietwohnungen für Haushalte mit besonderem Wohnungsbedarf

Rückblick: Was wurde in den letzten Jahren umgesetzt?

Angebote des ambulant betreuten Wohnens wurden in den letzten Jahren für verschiedene Zielgruppen und durch mehrere freie Träger ausgebaut: für psychisch kranke Menschen, für Personen mit Suchterkrankungen, für Menschen mit körperlichen, geistigen oder mehrfachen Behinderungen, für von Wohnungslosigkeit betroffene Menschen. Der Umgang der ambulanten Betreuung variiert dabei je nach Hilfebedarf und Hilfeplanung durch den Landkreis, angeboten werden betreutes Einzelwohnen, sowie Wohngemeinschaften. Eine landkreisweite Rufbereitschaft für Menschen mit psychischer Erkrankung im ambulant betreuten Wohnen wurde 2016 geschaffen und ist auch in Privatwohnungen nutzbar, um möglichst Vielen ein Wohnen zuhause zu ermöglichen.

Die GWG ist als kompetenter Bauträger in vielen Projekten beteiligt und offen für weitere Kooperationen. Zugleich zeigt sich, dass auf dem engen Wohnungsmarkt insbesondere sozial geförderter Wohnraum knapp und begrenzt ist. Es ist beim Bezug sozial geförderter Wohnungen darauf zu achten, dass insbesondere Menschen, die in der Stadt beheimatet und wohnhaft sind, zum Zuge kommen und dass neue Wohnangebote, verteilt auf den gesamten Landkreis, geschaffen werden.

Für wohnungslose Frauen wurde das Beratungs- und Unterstützungszentrum im Schleifmühlweg mit Aufnahmeausplätzen aufgebaut. Es wird ergänzt um die noch zu schaffenden sieben Wohneinheiten für betreutes Wohnen in der Köllestraße.

Ein Thema von erheblicher Brisanz ist der Zugang von Menschen mit sozialen Benachteiligungen zum Wohnungsmarkt. Die Zahl der Wohnungssuchenden mit Wohnberechtigungsschein übersteigt die Zahl der verfügbaren Sozialwohnungen bei weitem. Verlierer sind Personengruppen, die aufgrund von Sozialleistungsbezug oder anderen Vermittlungshemmnissen geringe Chancen haben, darunter insbesondere Alleinerziehende, große Familien, Migrantenhaushalte und Alleinstehende mit sozialen Problemlagen. Die bisherigen Instrumente der Punktevergabe bei der Ausstellung von Wohnberechtigungsscheinen und die Wahrnehmung der Belegrechte auf jährlich 15 Wohnungen der GWG können das Problem nicht annähernd lösen.

Im Rahmen des Programms Fairer Wohnen setzt die Stadt den Hebel auf mehreren Ebenen an. Mit dem Programm werden nicht nur mehr sozial geförderte Wohnungen geschaffen. Es werden wirkungsvolle Instrumente für eine faire und sozial gerechtere Wohnungsbaupolitik eingeführt und Kooperationen mit den zentralen Akteuren aufgebaut. Entscheidend für die Zielgruppe der Menschen mit besonderen Bedarfen und sozialen Problemlagen ist es, eine zielgerichtete Vermittlung und Steuerung der Belegung von Sozialwohnungen zu erreichen; ein Teilprojekt des Programms setzt hier an.

Ausblick: Wo soll es hingehen?

Die Verwaltung wird einen in Kooperation mit der GWG entwickelten Lösungsvorschlag zur gezielten und qualifizierten Vermittlung von Sozialwohnungen nach Dringlichkeit noch in 2018 in den Gemeinderat einbringen. Der Vorschlag sieht eine Clearing- und Vermittlungsstelle Wohnen vor, gekoppelt mit der Ausgabe der Wohnberechtigungsscheine und dem Team Soziale Hilfen und Wohnungslosenhilfe. Dabei soll begleitend zur Wohnraumvermittlung die jeweils passende Begleitung vermittelt werden; eine Ansprechperson und Mietsicherheit für Vermieter soll die Bereitschaft, Wohnungen für dringlich Wohnungssuchende bereit zu stellen, erhöhen. Ziel ist, jährlich eine hohe Zahl geförderter Wohnungen an Personen nach Dringlichkeit zu vermitteln und dabei auf Kooperation mit den Wohnungsbauträgern und Vermietern zu setzen. Ziel ist auch, bei positiver Prognose den Übergang von betreuten Wohnformen in Einrichtungen (z.B. im Bereich Wohnungslosenhilfe) in eigenständigeres Wohnen (Anschlusswohnen) zu ermöglichen und damit die Durchlässigkeit der Hilfesysteme zu erhöhen.

siehe hierzu: Handlungsprogramm Fairer Wohnen

Punkt 6: Schaffung von öffentlich geförderten Arbeitsplätzen für Menschen mit erschwertem Zugang zum Arbeitsmarkt

Rückblick: Was wurde in den letzten Jahren umgesetzt?

In Tübinger Kindertagesstätten werden hauswirtschaftliche Kräfte mit Schwerbehinderung in Kooperation mit der Lebenshilfe beschäftigt. Dieser Ansatz wird soweit als möglich ausgebaut, da er für alle Beteiligten Vorteile bringt und die Erfahrungen positiv sind.

Für geflüchtete Menschen wurde 2017 ein Ausbildungsstipendium geschaffen, um den Weg in Ausbildung zu fördern und mehr Anreize für Arbeitgeber zu setzen, den Versuch zu wagen. 14 Personen absolvieren gerade mit Hilfe des Ausbildungsstipendiums eine Ausbildung. Im Bereich Hilfen für Geflüchtete arbeiten mehrere Personen mit Fluchthintergrund, weitere wurden in die kommunalen Reinigungsdienste vermittelt.

Durch den Runden Tisch Kinderarmut ist ein Praxis-Netzwerk und Beratungsangebot zur Vermittlung von Alleinerziehenden in Arbeit entstanden, Job Center, Arbeitsagentur, VAMV, Kontaktstelle Frau und Beruf und weitere freie Träger wirken zusammen. Ergänzt wird dies durch das Projekt „Efa - Entlastung für Alleinerziehende“ das einen gelingenden Wiedereinstieg in Arbeit oder auch die Teilnahme an Qualifizierungen mittels phasenweiser Entlastung durch Nachbarschaftshilfen erleichtert.

Das Projekt KIOSK setzt bei geflüchteten Jugendlichen an, um diesen Perspektiven und konkrete Unterstützung am Übergang von Schule in Ausbildung und Beruf zu bieten.

Im ESF-Arbeitskreis des Landkreises, in dem die Stadt mitwirkt, werden jährlich geförderte Projekte zur Arbeitsmarktintegration ausgewertet und neue Förderungen in die Wege geleitet. Ungünstig sind die förderbedingt zu kurzfristig angesetzten Laufzeiten für diese Projekte, die dem Klientel oft nicht gerecht werden und nachhaltige Ansätze erschweren.

2016 wurde der Teilhabeplan des Landkreises für Menschen mit psychischen Erkrankungen verabschiedet. Er beschreibt die bestehenden Strukturen und Angebote zur Arbeitsintegration detailliert. In Bezug auf Arbeitsplätze in Integrationsfirmen lag der Landkreis Tübingen 2013 statistisch im Landesvergleich im unteren Drittel. Der Ausbau öffentlich geförderter Maßnahmen sowie die vermehrte Akquise von Arbeitgebern des allgemeinen Arbeitsmarktes sollen deshalb einen Schwerpunkt bilden, die Projektstelle „Inklusionskonferenz“ mit dem Schwerpunkt Inklusion und Arbeit soll die Umsetzung voranbringen.

Ausblick: Wo soll es hingehen?

Zunächst gilt es, bestehende Projekte und Maßnahmen auszuwerten und bewährte Ansätze nachhaltig zu sichern und zu fördern. Das Ausbildungsstipendium wird weitergeführt und ausgewertet, ebenso wie die Erfahrungen des Integrationsmanagements bei der Arbeitsintegration geflüchteter Menschen.

Die Verwaltung beabsichtigt, gemeinsam mit dem Landkreis, dem Job Center und den Trägern von Integrationsprojekten neue Möglichkeiten für geförderte Arbeitsplätze und Arbeitsgelegenheiten auszuloten. Eine Chance bietet die voraussichtlich 2019 eröffnende Substitutionsambulanz, die als Therapiezentrum in der Weststadt auch Tagesstruktur und Beschäftigungsangebote schaffen wird.

Hier könnte ein niedrigschwelliges Erproben und Clearing zu Belastbarkeit und Arbeitsfähigkeit für Personenkreise mit besonders erschwertem Zugang erfolgen.

Integration bedeutet, wo immer es möglich ist, Arbeitsplätze und Gelegenheiten, Zuverdienst oder Nischen mitten in der Stadt und der allgemeinen Arbeitswelt zu schaffen, vorrangig vor abgegrenzten Arbeitsstätten und Angeboten, in denen ausschließlich z.B. Menschen mit Behinderungen arbeiten. Hierfür gilt es, Partner und Arbeitgeber zu finden. Praktika und Beschäftigungsmöglichkeiten innerhalb der Stadtverwaltung sollen weiterhin z.B. in den Bereichen Reinigungsdienste, Hausmeister, Hauswirtschaft (aber nicht nur hier) vermittelt werden. Dies trägt auch zur interkulturellen Öffnung der Verwaltung bei.

Punkt 7: Ausbau der Schuldnerberatung mit allgemeiner Sozialberatung

Rückblick: Was wurde in den letzten Jahren umgesetzt?

Der Ausbau der allgemeinen Sozialberatung, als Handlungsempfehlung auch im Programm „Gute Chancen für alle Kinder“ empfohlen, konnte vorangebracht werden. Das Diakonische Werk Tübingen hat aus eignen Mitteln in 2017 eine halbe Stelle aufgestockt, mit dem Schwerpunkt, aber nicht nur für geflüchtete Menschen. Auch die Caritas bietet in kleinerem Umfang allgemeine Sozialberatung in Tübingen und Rottenburg an. Die in der Südstadt und auf Waldhäuser-Ost verortete Stadtteilsozialarbeit fungiert als erste Anlaufstelle für soziale Fragen und Bedarfe aller Art und vermittelt dann weiter.

Die Schuldnerberatung Tübingen hat in Kooperation mit dem Tübinger Arbeitslosentreff das Projekt „Behördenpaten“ entwickelt; ehrenamtliche Kräfte werden geschult, um bei Ämtergängen und beim Ausfüllen von Anträgen zu begleiten und zu unterstützen. Dieser Ansatz ist vielversprechend und ausbaufähig, da auf diese Weise Hürden zu verfügbaren Hilfen abgebaut werden können.

Ausblick: Wo soll es hingehen?

In der Weststadt wird die Stadtteilsozialarbeit im Herbst 2018 ausgeschrieben und aufgebaut.

Der Ansatz der Behördenpaten wird nach Auswertung der Erfahrungen auf Ausbaumöglichkeiten und Übertragbarkeit auf andere Bereiche geprüft. Bei Bedarf unterstützt die Stadt dieses Projekt sowie vergleichbare Ansätze.

Die Stadt ist in jährlichem Gespräch mit der Schuldnerberatung, so dass auf Engpässe reagiert werden kann. Als neues Feld zeichnet sich, wenn auch bislang noch auf Einzelfälle begrenzt, das Thema Überschuldung im Alter ab, verbunden mit z.T. Überforderung bei finanziellen und vertraglichen Angelegenheiten. Altersarmut ist Thema einer vom Stadtseniorenrat initiierten Arbeitsgruppe, an der die Verwaltung sich beteiligt. Ziel ist, die Handlungsmöglichkeiten auf kommunaler Ebene auszuloten, vergleichbar mit den Ansätzen zur Kinderarmutsprävention.

Das Ziel der Teilhabe für alle wird künftig verstärkt auch mit Blick auf von Armut betroffene Erwachsene ein Thema werden; mit der Gründung des Fachbereichs Soziales liegt dies nahe. Ein starkes Signal ist, dass Mobilität ab September 2018 mit der stark ermäßigten Monatskarte erschwinglich wird. Die BonusCard bietet eine gute Grundlage, um neue Partner und Unterstützer für den Ausbau von Teilhabemöglichkeiten zu gewinnen. Die Stadt ist u.a. im Gespräch mit dem Tübinger Arbeitslosentreff; eine Idee ist, hier Betroffene als Engagierte zu gewinnen im Sinne des

Empowerment. Im Frühjahr 2019 soll ausgelotet werden, ob ein Tübinger Projekt „Kultur für alle“ initiiert werden kann, um die Tübinger Kultur- und Bildungsangebote zugänglich auch bei schmalen Geldbeutel zu machen.

Punkt 8: Ausbau ganzheitlicher integrativer Hilfen für Flüchtlinge

Rückblick: Was wurde in den letzten Jahren umgesetzt?

Der sehr starke Zuzug geflüchteter Menschen hat die Stadt in den vergangenen Jahren vor große Herausforderungen gestellt. Im Sommer 2017 hat der Gemeinderat den Beschluss gefasst, dass die Stadt die Aufgaben der Sozialbetreuung Geflüchteter in der Anschlussunterbringung selber übernimmt. Damit verbunden die Aufgaben des Integrationsmanagements nach den Vorgaben des Integrationspaktes des Landes. Dem voraus ging ein ausgiebiger und befürwortender Diskussionsprozess mit allen Beteiligten, den freien Trägern und den ehrenamtlichen Unterstützerkreisen. Ziel ist eine bestmögliche Integration dadurch zu erreichen, dass die kommunalen Strukturen und die Angebote aller in der Stadt Engagierten bestmöglich verknüpft und genutzt werden. Der Aufbau der Fachabteilung Hilfen für Geflüchtete wurde in kürzester Zeit vollzogen, mit aktuell 8 Stellen für Sozialbetreuung/ Integrationsmanagement, 6 Hausmeisterstellen, 3 Verwaltungsstellen sowie der Abteilungsleitung. Zwei weitere Stellen sind zur Besetzung beschlossen, da die Fallzahlen den Mindestschlüssel von 1:120 deutlich überschreiten.

Aktuell sind rund 1.200 Geflüchtete an über 80 Standorten in der Anschlussunterbringung der Stadt. Wohnraum für die Anschlussunterbringung musste in einem noch nicht gekannten Tempo und Ausmaß geschaffen werden. Die Verwaltung hat den Grundsatz der möglichst dezentralen Unterbringung dabei beibehalten. In einem Optionsvergabeverfahren hat die Bauverwaltung Grundstücke unter sozialen Kriterien an Bauträger und Projekte vergeben, die nicht nur Wohnraum bereitstellen, sondern einen Mehrwert für den Stadtteil schaffen und einen Beitrag zu gelingender Integration leisten wollen. Hierdurch sind mehrere vorbildliche Bauprojekte entstanden, die in naher Zukunft belegt werden können. Ein Beispiel dafür ist (neben dem bereits beschriebenen BNZ in der Brückenstraße) das Projekt Passerelle: Förderung durch die Aktion Mensch, Fokus auf Hilfe bei Traumatisierungen, Kooperation mit Refugio, Werkstatt für handwerkliche Tätigkeiten im Haus. Flankierend zur Schaffung neuer Unterkünfte wurde mit dem Beteiligungsprojekt „Nachbarschaft und Vielfalt“ in drei Stadtteilen im Vorfeld Anwohnerschaft und Akteure im Stadtteil in Form von Nachbarschaftsgesprächen und Quartiersworkshops eingeladen, um unter der Frage „wie wollen wir zukünftig miteinander leben“ Maßnahmen für ein gutes Miteinander entwickeln. So wurde u.a. ein erstes „Brückenfest“ im Sommer 2018 am Standort Brückenstraße von der Anwohnerschaft organisiert.

Dennoch gibt es Standorte für das Flüchtlingswohnen, bei denen eine größere Zahl Geflüchteter untergebracht ist. Hier gibt es durchaus Konflikte und Probleme im nachbarschaftlichen Umfeld. Dies ist unvermeidbar, treffen doch sehr unterschiedliche Lebensweisen aufeinander bei zugleich erfolgreicher Innenverdichtung. Diese Konflikte möglichst im Vorfeld zu vermeiden, bei Auftreten zu schlichten, bindet einiges an Zeit, erfordert Gespräche und Maßnahmen (Hausordnung, Mülltrennung, Nachtruhe, Spielbereiche für Kinder schaffen etc.) insbesondere bei der Belegung neuer Unterkünfte. An einem Standort (Europastraße) ist ein Sicherheitsdienst erforderlich und hat sich bewährt. Eine möglichst ausgewogene Belegung der unterschiedlichen Unterkünfte ist nicht einfach zu erreichen, da die Zuweisungen des Landkreises und viele andere Auflagen und Kriterien zu

erfüllen sind. Sozialbetreuung und Integrationsmanagement setzen ein, wenn Belegung und dringendste Angelegenheiten rund ums Wohnen gewährleistet sind.

Die Stabsstelle Gleichstellung und Integration fördert und unterstützt das freiwillige Engagement für geflüchtete Menschen. Dafür wurde im November 2015 eine Koordinierungsstelle eingerichtet. Darüber hinaus werden zahlreiche Projekte und Maßnahmen von Einrichtungen, Vereinen, Initiativen und Bürgerschaft über den Projekttopf zur Integration geflüchteter Menschen ermöglicht und gefördert. Informationen zu Initiativen, Angeboten und Ansprechpersonen werden fortlaufend auf der Seite www.tuebingen.de/fluechtlinge veröffentlicht.

2017 war Tübingen ein Pilotstandort in einem Projekt der Bertelsmann-Stiftung. Unter dem Titel „Miteinander leben in Vielfalt“ ging es darum, mit allen beteiligten Akteuren in der Stadt das Integrationskonzept mit Blick auf die Integration geflüchteter Menschen fortzuschreiben. Entwickelt wurde ein Konzept zur Förderung der Unterstützernetze, des freiwilligen Engagements für geflüchtete Menschen. Weiterhin stellt das interkulturelle Netzwerk Elternbildung mit seiner Multiplikatoren-Initiative Tübingen einen wichtigen Beitrag, um zugewanderte Eltern in Erziehungs- und Schulalltag zu begleiten und zu unterstützen.

Ausblick: Wo soll es hingehen?

Die Fachabteilung Hilfen für Geflüchtete wird in einer Organisationsberatung im Herbst 2018 ihre Strukturen und Prozesse unter die Lupe nehmen. Die Schwerpunkte Belegungsmanagement und Wohnbetreuung sollen voraussichtlich neu organisiert werden, um mehr Zeit und Gewicht auf die Kernaufgaben Sozialbetreuung und Integrationsmanagement legen zu können. Die Zahl der Stellen ist der tatsächlichen Entwicklung der Fallzahlen anzupassen. Integrationsmanagement braucht Zeit, Nachdruck und einen längeren Atem. Ein Schwerpunkt bei den Erwachsenen soll auf Spracherwerb, Praktika, Ausbildung und Arbeit gelegt werden. Für alle Geflüchteten sollen die Möglichkeiten der sozialen Teilhabe und Begegnung in den Stadtteilen erschlossen werden, auch durch Öffnung der Stadtteiltreffs wie auch anderer Angebote für alle Kulturen. Bei Familien und Kindern steht die gelingende Integration in Kindertagesstätten und Schulen bis hin zu Schulabschluss und Übergang in den Beruf im Mittelpunkt. Hier gibt es große Schnittstellen zur Kinderarmutsprävention, Verbesserung der Teilhabechancen durch KinderCard-Angebote, gute Information, Projekt TAPs, Kooperation mit der Jugendhilfe u.v.m.

Die Stabsstelle Gleichstellung und Integration wird im Rahmen der interkulturellen Elternbildung ein vom Land gefördertes Sprach- und Empowermentprojekt „Mütter im Gespräch“ umsetzen. Das zunächst auf ein Jahr angelegte Projekt hat zum Ziel, Müttern von Klein-, Kita- und Grundschulkindern, die derzeit keinen Integrations- bzw. Sprachkurs oder eine anderweitige Integrationsmaßnahme besuchen, in ihren neuen Lebens- und Erziehungswelten Orientierung zu geben und sie in ihren Alltags- und Erziehungskompetenzen zu stärken.

Das Integrationskonzept wird in fortlaufendem Prozess fortgeschrieben mit Blick auf geflüchtete Menschen. Projekte mit aktiver Beteiligung und Selbsthilfe Geflüchteter sollen vermehrt initiiert und gefördert werden, dafür sollen die Förderrichtlinien auch in gut verständlicher Sprache gefasst werden.

Für ein gutes Gelingen dieser Vorhaben erfolgt eine enge Kooperation und Schnittstellen-Abstimmung zwischen der Fachabteilung Hilfen für Geflüchtete und der Stabsstelle Gleichstellung und Integration.

siehe hierzu: Integrationskonzept, Konzept zur Förderung des freiwilligen Engagements für ein Miteinanderleben in Vielfalt

Punkt 9: Zielgruppenübergreifende Bündelung von Angeboten

Rückblick: Was wurde in den letzten Jahren umgesetzt?

Die Planungen für ein zentral gelegenes Haus der Familie am neu gestalteten Europaplatz wurden zurückgestellt. Auch wenn das Konzept keine Monostruktur für Familien vorsah, wie in der Sozialkonzeption kritisch angemerkt, so waren doch sehr viele Partner beteiligt und daran interessiert, ihren Wirkungsort künftig unter einem Dach und bahnhofsnah gelegen zu platzieren. Für mehrere Partner, die dringend neue Räume suchten, wurden mittlerweile andere gute Lösungen gefunden.

Die in der Sozialkonzeption vorgeschlagene Bündelung kleinerer bzw. einzelner Beratungsangebote in Kooperationsmodelle konnte gut umgesetzt werden. So wurde mit dem Nonnenmacherhaus in 2018 ein innovatives Projekt für gemeinschaftliches Wohnen im Alter eröffnet; begleitet von der Beratungsstelle für Ältere, die nun in gut erreichbaren, barrierefreien Räumen ist, in Bürogemeinschaft mit dem Pflegestützpunkt des Landkreises und ergänzt um einem Veranstaltungsraum fürs Quartier ist eine geradezu ideale Kombination entstanden.

Der Tübinger Arbeitslosentreff konnte zusammen mit dem Asylzentrum und dem „Schüli“ in neue Räume in der Neckarhalde ziehen. Auch hier war die Idee, Synergien zu schaffen, leitend. Die Raumsituation ist allerdings ziemlich beengt, zwei sehr kleine Beratungsräume sind nur als Durchgangszimmer nutzbar und ein ausreichender Wartebereich für die oft zeitgleich geöffneten Beratungsangebote des TAT und des Asylzentrums ist nicht vorhanden. Hier ist noch nach einer besseren Lösung zu suchen.

Der Verein für alleinerziehende Mütter und Väter (VAMV), seit langem in nicht barrierefreien Räumen, wird in 2019 in das neue Begegnungs- und Nachbarschaftszentrum Brückenstraße (BNZ) ziehen. Dieser Umzug in barrierefreie Räume stärkt die Arbeit mit Alleinerziehenden. Vor allem die Verbindung mit dem dort neu entstehenden Stadtteiltreff und die Kooperation mit den Martin-Bonhoeffer-Häusern, die Träger des BNZ sind, eröffnet neue Chancen. Wohnungen für Alleinerziehende entstehen unmittelbar am Standort, zwei KiTa's sind benachbarte Kooperationspartner, die psychologische Beratungsstelle ist gleich gegenüber, viele Familien mit Hilfebedarf leben im Quartier.

Ausblick: Wo soll es hingehen?

Der Umzug des VAMV und der Aufbau der neuen Kooperationsgemeinschaft im BNZ wird von der Verwaltung unterstützend begleitet.

Die Förderung von Synergien durch räumliche Kooperationen wird weiterhin verfolgt, da dies nicht nur fachlich vorteilhaft ist, sondern auch in wirtschaftlicher Hinsicht. Mischnutzungen und Mehrfachnutzungen sollen auch in Zukunft gefördert und von der Verwaltung vermittelt werden. Auf diese Weise können auch kleinere Initiativen und Projekte gut und ressourcenschonend unterstützt werden. Ein Beispiel dafür: Rock your life e.V. kann nach Vermittlung durch die Stadt ein Büro im Kinderschutzbund mitnutzen. Dessen Nachhilfeangebot und das Patenschaftsprojekt passen bestens zusammen.

Begleitet wird auch der Aufbau des neuen Stadtteiltreffs auf der Wanne, der sich die Räume mit dem Sprachinstitut Tübingen des Internationalen Bunds (IB) teilt. Auch diese räumliche Verbindung birgt viele Chancen, indem Integrations- und Sprachkurse für Geflüchtete und für Jugendliche mit den Angeboten des Treffs verbunden werden. Der IB hat einen von der Verwaltung befürworteten Förderantrag gestellt, um sich flankierend am neuen Standort gemeinsam mit den Akteuren im Quartier für ein gutes Miteinander der verschiedenen Kulturen engagieren zu können.

Bei der räumlichen Entwicklung von Beratungsstellen ist eine so weit als mögliche Verteilung der Angebote auf die verschiedenen Stadtteile anzustreben.

Punkt 10: Qualifizierung übergreifender Aufgaben –Weiterentwicklung der Förderpraxis und Förderkriterien für soziale Angebote

Rückblick: Was wurde in den letzten Jahren umgesetzt?

Die Sozialkonzeption gibt sehr hilfreiche Empfehlungen und Kriterien zur Weiterentwicklung der Förderpraxis. Diese Hinweise werden bereits in den Zielvereinbarungsgesprächen mit sozialen Vereinen berücksichtigt. In den Gesprächen mit Auswertung der Arbeit geförderter Vereine und Einrichtungen werden insbesondere folgende Kriterien beleuchtet: Hilfe zur Selbsthilfe, Gewinnung und Stärkung von Engagement, sozialräumliche und aufsuchende Arbeit, Niedrigschwelligkeit und Offenheit der Angebote (Abbau von Zugangshürden und Barrieren, einfache Sprache, interkulturelle Ansätze), Kostenbewusstsein und Einwerben von Eigenmitteln, Vernetzung und Kooperation einschließlich der Suche nach Synergien.

Die Überarbeitung der Förderrichtlinien konnte aufgrund eines Wechsels in der Verantwortung für die Zuschussverfahren und der Neubildung des Fachbereichs Soziales noch nicht umgesetzt werden und startet im Herbst 2018.

Der Runde Tisch Kinderarmut veranstaltet jährlich einen sehr gut besuchten eintägigen Qualifizierungsworkshop, eingeladen sind alle Partner des Bündnisses für Familie, mittlerweile ein Großteil der sozialen Vereine. Mit Schwerpunktthemen (2015: Kinderarmutsprävention, 2017: interkulturelle Kompetenz, 2018: Empowerment) erfolgt hier eine Reflexion und Weiterentwicklung dazu, was „gute soziale Arbeit“ ausmacht. 2017 konnten mit einem Workshop zur Wirkungsevaluation gute Impulse für alle Beteiligten dazu gesetzt werden, wie die Projekte und Arbeitsgruppen den Erfolg ihrer Arbeit auswerten können. Diese Qualifizierung wurde auch ins Fortbildungsprogramm „Fit fürs Ehrenamt“ aufgenommen, um quantitative und qualitative Selbstevaluation zu fördern. Ziel ist, nicht nur die Zahl der Angebote (z.B. Beratungen) auszuwerten, sondern zu erheben, ob die Zielgruppen erreicht werden und was sich durch die Angebote verändert.

Nicht zu unterschätzen ist der Wert, den diese Netzwerke und Veranstaltungen für die Zusammenarbeit und Vernetzung der sozialen Vereine schaffen, durch Zeit für Austausch und Verständigung und das Knüpfen von Kontakten. Ein ähnliches Format hat die Reihe „SoFa“ des Paritätischen Wohlfahrtsverbandes.

Ausblick: Wo soll es hingehen?

Mit der Fortschreibung der Förderrichtlinien für soziale Vereine und Projekte sollen gut abgestimmte und verständliche Abläufe und Kriterien für die Förderpraxis erarbeitet werden. Hierzu gehört auch die Optimierung der Formulare für die Antragstellung. Die unterschiedlichen Förderformen (Projektförderung, Regelförderung etc.) sollen klarer voneinander unterschieden werden. Soweit als möglich, sollen die Verfahren in den verschiedenen Förderbereichen und Zuständigkeiten der Stadt vereinheitlicht oder zumindest angenähert werden. Dieser Prozess erfolgt unter Einbeziehung der sozialen Vereine. Auch ein praktikabler Weg zum Umgang mit tariflicher Vergütung soll erarbeitet und dem Gemeinderat zur Entscheidung vorgelegt werden.

Für die Steuerung der Förderpraxis ist das bewährte Subsidiaritätsprinzip als allgemeine Richtschnur nach wie vor geeignet: Selbsthilfe, nachbarschaftliches und bürgerschaftliches Engagement gehen vor, professionelle Angebote haben den Auftrag, diese zu stärken, fachlich zu fördern und zu ergänzen, nicht zu ersetzen. Bei professionellem, wie auch bei ehrenamtlichem Engagement, ist darauf zu achten, ob diese Selbsthilfe und Förderung eigener Kompetenzen und Ressourcen befördern. Ob dies immer so in der Praxis der Fall ist, und was dies für professionelle soziale Arbeit konkret bedeutet, das gilt es, immer wieder auch selbstkritisch zu hinterfragen. Bei der Auswertung von Projekten und in Zielvereinbarungsgesprächen mit sozialen Vereinen spielt dieser Punkt eine maßgebliche Rolle. Die Selbstevaluation auch mit Blick auf output und Wirkungen soll gefördert, entsprechende Arbeitshilfen und Beratung bereitgestellt werden.

Die weitere Umsetzung der Sozialkonzeption und die Weiterentwicklung des Sozialen soll auch in Zukunft durch Workshops und Foren zu maßgeblichen Themen vorangebracht werden.